



DAS ROTE TUCH BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Bundestagswahl: Wer vertritt die Interessen der arbeitenden Bevölkerung?

Man kann es nicht mehr hören, dass es den Menschen nach 12 Jahren CDU-Regierung angeblich „so gut geht wie nie“. Welchen Menschen? Den Millionen, die von der Arbeit Rücken und Nerven kaputt haben und die wissen: Selbst wenn sie bis 67 arbeiten könnten, bekämen sie eine Rente an der Armutsgrenze? Den mittlerweile 40%, also fast der Hälfte aller Arbeiter, die sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten Teilzeitjob hängeln müssen?

Nein, „so gut wie nie“ geht es in Deutschland nur einer Minderheit: Manager wie dem Ex-VW-Chef, der 3.100 Euro Rente pro Tag kassiert, während die VW-Arbeiter und Verbraucher für seinen Betrug bezahlen. Und vor allem den Kapitalisten. Deren Vermögen ist in den letzten 12 Jahren explodiert. Die 36 reichsten Deutschen (die Besitzer von BMW, Lidl...) besitzen heute so viel wie die Hälfte der Bevölkerung!

Diesen Kapitalisten geht es deshalb so gut, weil die Regierung ihnen alle Gesetze zur Verfügung stellt, um uns immer rücksichtsloser auszubeuten. Und weil sie den Kapitalisten das öffentliche Geld schenkt, das sie bei uns einspart. So ermöglicht sie Pharmakonzernen, privaten Kliniken und Banken, Milliarden aus dem Gesundheitswesen herauszu saugen. Und schließt dann Krankenhäuser, um dieses Geld wieder einzusparen. So läuft es überall! Bei Kitas, Rente, Wohngeld oder Brücken wird jeder Cent dreimal umgedreht. Doch für Rüstung, also für Aufträge an Waffenkonzerne und für Krieg, will die CDU jährlich 20 Milliarden Euro mehr ausgeben!

Dass die CDU trotzdem so viele Stimmen bekommt, liegt auch daran, dass ihre Rivalen dieselbe Politik vertreten. Die FDP tut dies offen. Ihr Spitzenkandidat erklärt uns dreist: Wer nicht privat vorsorge, sei selber schuld, wenn er später wenig Rente bekomme. Doch man könne dann ja länger als bis 67 arbeiten und so die Rente aufbessern!

Die AfD hat dasselbe Renten-Programm, und auch sie fordert noch mehr „Freiheit“ für die Kapitalisten, uns auszubeuten. Doch sie ist noch schlimmer: Sie versucht obendrein, die Schuld für Unsicherheit, Armut und Krieg, die die Kapitalisten verursachen, einem Teil der Arbeiterklasse in die Schuhe zu schieben: den Arbeitern ausländischer Herkunft, gegen die sie mit den widerlichsten Sprüchen hetzt.

Was nun Martin Schulz angeht, da brauchte es kein Fernseh-Duell: Nach 6 Jahren SPD-Regierung unter Schröder und seitdem 8 Jahren, in denen CDU und SPD gemeinsam regiert haben, weiß jeder, dass zwischen CDU und SPD kein nennenswerter Unterschied besteht. Die SPD hat die Hartz-Gesetze eingeführt, sie hat zusammen mit Merkel die Rente ab 67 eingeführt. Und wir können uns darauf verlassen, dass sie auch die nächsten Verschlechterungen mit beschließen würde.

Die Linke ist die einzige, die ab und zu von den täglichen Sorgen der einfachen Bevölkerung spricht und die Ausbeutung der Konzerne anprangert. Daher ist es angenehmer, ihr zuzuhören als den anderen. Doch eine Perspektive hat auch sie den Arbeitern nicht zu bieten. Ihre Hoffnung besteht darin, kleiner Koalitionspartner in einer SPD-Regierung zu werden. Was bedeutet, die Politik der SPD umzusetzen – genau das, was sie in den Landesregierungen tut. Ja, die Kapitalisten haben zig Parteien, die für sie regieren wollen. Und ihre arbeiterfeindliche Politik ist sich so ähnlich, dass sie letztlich in allen Koalitionen miteinander regieren können.

Unter all den Kandidaten erweckt Merkel mit ihren 12 Jahren Kanzlerschaft die Hoffnung, sie könne für eine gewisse Stabilität sorgen – und damit wirbt sie auch. Doch die kapitalistische Wirtschaft steckt weltweit in der Sackgasse. Sie steht auf so wackeligen Beinen, dass jedes Problem irgendwo auf der

Welt eine neue weltweite Börsen- und Wirtschaftskrise auslösen kann – mit noch schlimmeren Folgen als die Krise 2008/2009. Die Hoffnung auf „Stabilität“ im Kapitalismus ist daher eine Illusion. Die weltweite Krise und Unsicherheit hilft auch unberechenbaren Demagogen wie Trump, an die Macht zu kommen. Und sie führt zu immer härterer Konkurrenz, zu aggressiveren politischen und militärischen Spannungen, die in kurzer Zeit zu bedrohlichen Situationen werden können. Um nur von Deutschland zu reden: Wer hätte gedacht, dass die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem türkischen Staat in so kurzer Zeit dermaßen eskalieren könnten?

Diese ganze Entwicklung ist unabhängig davon, wer an der Spitze der deutschen Regierung steht. In welchem Tempo der Arbeitsplatzabbau weitergeht, wie viele in Armut gedrängt werden oder ob wir gar Kriege erleben, all das hängt von der Entwicklung der kapitalistischen Krise ab.

Wir Arbeitenden müssen uns daher darauf vorbereiten, uns mit unseren eigenen Mitteln gegen die kommenden Angriffe zu wehren. Und letztlich darauf, das ganze System in Frage zu stellen. Denn die Menschheit wird nur eine Zukunft haben, wenn sie den Kapitalismus mit seiner Profitlogik durch ein System ersetzt, in dem die Betriebe und technischen Möglichkeiten in den Händen der Arbeitenden sind – und das hergestellt wird, was die Menschen brauchen.

In den heutigen Wahlen gibt es keine Partei, die eine solche Perspektive vertreibt. Und das ist das Problem. Die Arbeiterklasse braucht wieder eine Partei, die in den Betrieben, Stadtteilen und auch in den Wahlen die Interessen der Arbeiter vertritt. Und die nicht zuletzt daran erinnert, dass die Arbeiterklasse alles in dieser Gesellschaft am Laufen hält, und dass sie daher die Kraft und die Möglichkeit hat, eine andere Gesellschaft aufzubauen, in der es keine Unterdrückung und Ausbeutung mehr gibt.

Die Eskalation zwischen dem deutschen und dem türkischen Staat:

Eine gefährliche Falle für die Arbeiter in beiden Ländern

In den letzten Wochen ist der Konflikt zwischen dem deutschen und dem türkischen Staat weiter eskaliert – insbesondere seit den willkürlichen Verhaftungen von Menschenrechtsaktivisten und sogar Urlaubern, die ihre Familie in der Türkei besuchten. Auch der Wahlkampf in Deutschland heizt die Stimmung weiter an. Denn jede Partei will beweisen, dass sie dem türkischen Staat besonders entschlossen entgegentritt.

Beide Seiten tun dabei so, als würden sie die Demokratie und ihre Bevölkerung verteidigen wollen. Beide Seiten lügen.

Erdogan geht es nur um eins: Er will um jeden Preis an der Macht bleiben. Doch er hat immer mehr Probleme. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich von Woche zu Woche, Armut und Arbeitslosigkeit steigen. Und seine Politik verschlimmert alles noch. Die Unzufriedenheit wächst. Im Frühjahr ist es ihm nicht einmal gelungen, ohne offensichtlichen Wahlbetrug sein Referendum zu gewinnen – trotz des Klimas aus Angst und Einschüchterung, das er geschaffen hat.

Deshalb braucht Erdogan den Konflikt mit Deutschland, auch wenn er dadurch neue Probleme bekommt. Es ist eine Flucht nach vorne: Der Versuch, von den Problemen abzulenken und die Bevölkerung in einem Gefühl nationaler Solidarität wieder hinter sich zu vereinen.

Mit seinen provokativen Sprüchen, den Besuchsverboten und der willkürlichen Verhaftung von deutschen Staatsbürgern will er das Gefühl vermitteln, dass die Türkei unter ihm ein starkes Land geworden sei. Dass er sich, anders als die früheren Regierungen, nicht mehr von den Großmächten USA und Deutschland erniedrigen lässt.

Und er will regelrecht, dass die deutsche Regierung auf die Provokationen mit Verurteilungen, Drohungen und Sanktionen reagiert. Denn er hofft, dass sich die türkische Bevölkerung – wenn ihr Staat beleidigt und angegriffen wird – ebenfalls angegriffen fühlt und sich daher hinter Erdogan stellt. Das ist eine gefährliche Falle, für die Bevölkerung in der Türkei ebenso wie die Arbeitenden türkischer Herkunft in Deutschland!

Für die Arbeitenden in Deutschland, die keine türkischen Wurzeln haben, besteht eine andere, wenn auch ähnliche Gefahr. Nämlich dass sie sich ihrerseits

hinter die Regierenden hier stellen – als würden die auf einmal die Interessen der Bevölkerung vertreten.

Schlimmer noch ist die Falle, die rechte Parteien wie AfD und Teile der CDU aufstellen. Sie setzen die türkische Bevölkerung mit dem türkischen Staat gleich, bezeichnen die Arbeiter türkischer Herkunft in Deutschland als „kleine Erdogans“ und versuchen so gezielt, Rassismus und Feindschaft unter den Arbeitern zu säen.

Erdogan kann sich freuen. Denn gerade der Rassismus trägt dazu bei, dass sich türkischstämmige Arbeiter Erdogans Nationalismus anschließen.

Sollte Erdogan mit seiner Politik Erfolg haben, so liegt ein bedeutender Teil der Verantwortung hierfür bei der EU. Schon seit über 60 Jahren nämlich hat sich die Türkei um eine Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft beworben. Seit 20 Jahren (!) finden Beitrittsverhandlungen statt. Und die Türkei hat jahrelang alles getan, was man von ihr verlangt hat: Sie hat ihre Zölle auf europäische Waren abgeschafft. Sie hat alle möglichen Gesetze geändert. Dank dieser „Beitrittsverhandlungen“ verdienen sich europäische (vor allem deutsche) Konzerne seit 20 Jahren eine goldene Nase an der Türkei. Doch die versprochene EU-Mitgliedschaft hat die Türkei nie bekommen. Ja, bis heute hat sie nicht einmal die Visa-Freiheit für türkische Bürger, obwohl EU-Bürger seit vielen Jahren ohne Visum in die Türkei reisen können.

Die EU-Beitrittsverhandlungen waren also nicht, wie man uns heute weismachen will, ein Gefallen an die Türkei – sondern im Gegenteil ein Mittel, die Türkei auszubeuten. 20 Jahre lang hat die EU, und allen voran der deutsche Staat, die Türkei dabei mit Arroganz und Verachtung an der Nase herumgeführt. Dadurch haben sie maßgeblich dazu beigetragen, dass in der Türkei nationalistische und islamistische Kräfte stärker wurden.

Der deutsche Staat ist in diesem Konflikt also nicht das unschuldige Opfer. Und sein Problem ist auch nicht, dass Erdogans Regime die Türkei immer mehr in eine Diktatur verwandelt. Auch in der Vergangenheit hat sich der deutsche Staat einen feuchten Kehricht

darum geschart – Hauptsache, der NATO-Staat Türkei hat gegenüber dem Nahen Osten, Russland und im eigenen Land die Politik umgesetzt, die die USA und die EU von ihm verlangt haben.

In den 80er Jahren gab es einen Militärputsch und eine Diktatur, um die türkische Arbeiterklasse niederzuschlagen, die zu viel streikte und forderte. Gewerkschaften und Parteien wurden verboten, tausende verhaftet und gefoltert. Der deutsche Staat hatte zu diesem Regime die besten Beziehungen. Genauso herlich waren sie zum türkischen Staat in den 90er Jahren, als dieser (genau wie heute) einen grausamen Krieg gegen die kurdische Minderheit führte.

Und trotz aller Reibungen bleiben auch weiter viele enge Beziehungen bestehen. Noch im August hat Deutschland Waffen an den türkischen Staat geliefert. Nicht zuletzt, weil dieser dem Westen weiter bei seiner Kriegspolitik im Nahen Osten hilft und für die EU die Flüchtlinge an der Grenze festhält.

So widerwärtig Erdogan auch ist, wir dürfen uns nicht vor den Karren unserer Regierung spannen lassen. Ihr geht es in dem Konflikt mit Erdogan nicht darum, einem Diktator Einhalt zu gebieten, sondern dafür zu sorgen, dass dieser Diktator den westlichen Großmächten wieder mehr gehorcht.

Die größte Gefahr des heutigen Konflikts für uns Arbeiter besteht darin, dass er die deutschen und türkischen Nationalisten stärker macht. Diese Kräfte wollen einen Keil zwischen uns treiben. Sie versuchen die Idee zu verbreiten, es gäbe zwei feindliche Gruppen von Arbeitern, die sich – wie ihre Regierungen – gegenseitig bekämpfen müssten.

In Deutschland leben mehrere Millionen Arbeiter türkischer Herkunft. Die Mehrheit von ihnen ist hier geboren. Und auch die übrigen arbeiten seit Jahrzehnten hier, oft in den härtesten Jobs. Ob bei Opel, in den Stahlwerken oder Krankenhäusern, in vielen Streiks standen und stehen sie Seite an Seite mit ihren „deutschen“ Kollegen. Viele Streiks hätte es ohne sie gar nicht gegeben. Deshalb ist es lebenswichtig, dass es Arbeiter gibt, die ein anderes Bewusstsein verbreiten: Die Überzeugung, dass alle Arbeiter – in Deutschland so wie in der Türkei – zu einer Klasse gehören, der Arbeiterklasse.

Air Berlin: Die Waffe der Arbeiter ist der Streik

Über 150 Piloten von Air Berlin haben sich am Dienstag und Mittwoch spontan kollektiv krankgemeldet – und damit die Air-Berlin-Bosse ganz schön überrascht. Weit über 200 Flüge fielen aus. Es ist ein kaum verhüllter wilder Streik, mit dem die Beschäftigten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen.

Längst ist klar: Air Berlin hat vor allem deshalb Insolvenz angemeldet, damit sich Eurowings und andere Fluggesellschaften deren Fluglinien und Arbeiten möglichst billig und ohne Verpflichtungen unter den Nagel reißen können.

Eurowings hat bereits angefangen: Sie haben Flugbegleiter und Piloten von Air Berlin zu Bewerbungsgesprächen eingeladen und haben ihnen klipp und klar

gesagt: Wir nehmen nur die von euch, die am jüngsten, am flexibelsten sind... und bereit sind, auf Lohn zu verzichten.

Der zweitägige Streik war eine erste Botschaft der Piloten an Eurowings und alle anderen Käufer, dass sie die Erpressung mit der Insolvenz nicht mitmachen. Sie fordern, dass auch die älteren Kollegen übernommen werden und dass alle ihr Gehalt behalten.

Die Opfer zu Tätern – und umgekehrt

Die Air-Berlin-Bosse haben gedroht, die Namen der streikenden Piloten auf schwarze Listen zu setzen, damit sie woanders keinen Job mehr finden. Sie haben die Streikenden beschimpft, sie würden die Übernahme-Gespräche und

damit die Arbeitsplätze aller gefährden. Klar, wenn Manager die Fluggesellschaft in die Insolvenz reiten, damit sich andere Kapitalisten wie Geier über die Firma und die 8.000 Arbeitenden hermachen können, dann ist das in Ordnung. Aber wenn Arbeitende gegen deren Erpressungen streiken, dann „gefährden sie das Unternehmen und ihre Arbeitsplätze“!

Für die Unternehmer von Air Berlin hatte die Bundesregierung sofort einen 150-Millionen-Hilfskredit in petto – für die Arbeitsplätze hingegen röhrt sie nicht den kleinsten Finger. Die Arbeitenden haben keinen Rettungss Engel, sie müssen sich selber verteidigen. Und dabei ist der Streik ihre beste Waffe.

Nordkorea: Die wahre Gefahr ist der Imperialismus

Die politischen Spannungen zwischen Nordkorea und den USA, Japan und Südkorea halten an. Am Freitag hat das nordkoreanische Regime erneut eine Rakete über Japan hinweg gefeuert – als Antwort auf die Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea, die ihrerseits Antwort auf einen Atomtest waren. Wir veröffentlichen zu diesem Thema Auszüge aus Artikeln unserer französischen Genossen von Lutte Ouvrière vom 16. August und 6. September.

Nach dem Atomtest mit einer Wasserstoffbombe am 3. September haben die Führer aller Staaten, inklusive Chinas und Russlands, das nordkoreanische Regime verurteilt. Trump, der bereits im August damit gedroht hatte, „Feuer und Wut“ über dieses Land von 25 Millionen Einwohnern zu bringen, hat erneut Öl ins Feuer gegossen. Er verurteilte die „Beschwichtigungspolitik“, die Südkorea angeblich gegenüber Nordkorea versuche, und schloss auch den Einsatz von Atomwaffen nicht aus.

In Wahrheit sind wir weit von einem Atomkrieg entfernt. Denn weder die nordkoreanische Führung noch die Großmächte, angefangen bei den USA, haben ein Interesse daran, im Fernen Osten einen Krieg zu beginnen. Die amerikanischen Militärübungen vor der Küste Nordkoreas, die nordkoreanischen Raketenabschüsse über dem Pazifik, ebenso wie die Prahlerien und Drohungen eines Trump und eines Kim Jong Un, sind vor allem eine Partie Po-

ker, in der beide Seiten bluffen. Beide wollen vor allem Stärke zeigen.



Verwüstungen im Korea-Krieg 1950-53

Doch es gibt dennoch Grund, sich über das ständige Säbelrasseln Sorgen zu machen. Denn indem der Imperialismus die Zahl der Krisenherde in den letzten Jahren vervielfacht hat, vom Nahen Osten über Afrika bis hin zu dieser Region Asiens, hat er die Welt in ein regelrechtes Pulverfass verwandelt. Und im Gegensatz zu dem, was alle herrschenden Politiker und Medien erzählen, tragen auch für die Krise in Nordkorea die imperialistischen Mächte die Hauptverantwortung.

Von Afrika bis zum Nahen Osten, überall setzen sie Regime ein, die ihnen zu Diensten sind und stürzen die Regime, die ihnen nicht gehorsam genug sind. Sie bombardieren Städte und ganze Länder, lassen ihre Truppen einmarschieren, um Märkte und Rohstoffe unter ihre Kontrolle zu bringen. In Korea haben die USA zunächst 1945 die Teilung des Landes erzwungen. Und dann

von 1950 bis 1953 einen blutigen Krieg geführt, mit mehreren Millionen Toten, um allen unterdrückten Völkern der Welt zu zeigen, was ihnen passiert, wenn sie es wagen, unabhängig sein zu wollen oder sich gar unter die Schirmherrschaft der Sowjetunion zu begeben.

Das nordkoreanische Regime ist eine Diktatur. Doch sein Nationalismus hat durch die amerikanische Politik beständig neue Nahrung erhalten, von Anfang an. Das unerbittliche Wirtschaftsembargo, das die USA seit 1953 über Nordkorea verhängt hat, hat regelrechte Hungersnöte hervorgerufen und den Verfall aller Infrastruktur, die der Bevölkerung nützt.

Zu dem amerikanischen Embargo kommt nun noch das Wirtschaftsembargo Chinas. China hat offiziell aufgehört, in Nordkorea Kohle, diverse Erze und Produkte des Fischfangs zu kaufen, da den politischen Führern Chinas gute Handelsbeziehungen zu den USA wichtiger sind.

Und was die nukleare Bedrohung angeht: Kim Jong Un behauptet vielleicht, ein paar dutzend nukleare Sprengköpfe herstellen zu können. Doch die USA besitzen über 7.500 von ihnen. Die USA sind das Land, das jedes Jahr mehr Geld für ihr Atomwaffenarsenal ausgibt als alle anderen Länder der Welt zusammen. Und vergessen wir nicht: Es gibt nur ein einziges Land, das bislang Atombomben eingesetzt hat – und das waren die USA.

Diesel: Die Autokonzerne müssen zahlen!

Jahrelang haben sich die deutschen Autokonzerne heimlich abgesprochen: Sie kannten eine Technik (das Einspritzen von AdBlue), die den Stickoxid-Ausstoß um 60-90% verringert. Doch um diese Technik vernünftig zu nutzen, hätten sie große AdBlue-Tanks einbauen müssen. Das hätte Geld kostet! Daher haben sie nur kleine AdBlue-Tanks, die für den Testbetrieb reichen. Im Realbetrieb hat eine Betrugsssoftware die Einspritzung dann fast komplett abgeschaltet, und die Stickoxide wurden weiter in die Luft gepustet.

Hätten die Autokonzerne nicht jahrelang betrogen, um Geld zu sparen, wären Fahrverbote heute kein Thema. So aber schwebt die Drohung von Fahrverböten über ihren Opfern.

Denn die Regierung zwingt die Autokonzerne nur dazu, die Betrugsssoftware zu entfernen – was diese ganze... 70 Euro kostet. Doch das hilft gegen die Fahrverbote nur bei den ganz neuen Autos (deren Besitzer dann „nur“ stän-

dig die viel zu kleinen Tanks auffüllen müssen). Die Euro 5 und die älteren Euro 6-Diesel müssen jedoch für 1.500 Euro nachgerüstet werden, um Fahrverböten zu entgehen – und das sollen die Autobesitzer selber zahlen. Und oft ärmerer Arbeiter, die noch alte Diesel 4-Autos haben, müssten sich sogar ein neues Auto kaufen!

Die Aktionäre und Manager der Autokonzerne tragen mit ihren illegalen Absprachen und ihrer Profitgier die gesamte Verantwortung. Und sie haben in den letzten 5 Jahren 111 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Sie können und müssen alle betroffenen Fahrzeuge komplett auf ihre Kosten umrüsten oder die Besitzer angemessen entschädigen!



Kriminelle Sparmaßnahmen

Hunderte Medikamente, darunter lebenswichtige und nicht ersetzbare Krebs-Medikamente, sind mittlerweile oft wochen-, zum Teil monatlang nicht lieferbar. Die Patienten müssen warten – mit allem, was das für sie bedeuten kann. Der Grund: Die Pharmakonzerne haben überall die Lager und Puffer abgeschafft. Sie produzieren „Just in Time“: Aus einer Fabrik raus, sofort auf den LKW, ab zur nächsten Fabrik, dort direkt verarbeitet, dann sofort wieder auf den LKW... Nur: Sobald irgend eine Fabrik in der Kette ein Produktionsproblem hat, steht alles still.

Diese „Just-in-time“-Produktion beherrscht die ganze Industrie. Sie macht allen Arbeitern das Leben stressiger und unsicherer. Doch die Konzerne schrecken selbst bei lebenswichtigen Medikamenten nicht davor zurück, die paar Euro für Lager und Reserven einzusparen.

Solche wichtigen Bereiche unseres Lebens dürfen nicht in den Händen privater, profitgesteuerter Konzerne liegen!

Die Schule beginnt... ohne Lehrer

Zu Beginn des Schuljahres konnten wieder hunderte Lehrer-Stellen in NRW nicht besetzt werden, vor allem in den Berufsschulen und den Grundschulen. Für die Schüler bedeutet es, dass ganze Schulfächer gar nicht stattfinden, dass die Klassen größer werden oder man ständig wechselnde Vertretungslehrer hat.

Dabei ist es nicht so, dass es nicht genug junge Leute gäbe, die Lehrer werden wollen. Doch um Geld zu sparen, haben alle letzten Landesregierungen in NRW die Zahl der Studienplätze für Lehrer beschränkt.

CDU wie SPD haben also selber dafür gesorgt, dass zu wenig Lehrer da sind. Und so können sie sich dann hinstellen und sagen. „Tut uns leid, wir wollten ja unser Wahlversprechen halten und mehr Lehrer einstellen, aber es sind leider keine da.“

Betrug wird belohnt

CDU und SPD behaupten zwar, sie wollten „alles tun, um Fahrverbote zu vermeiden“. Doch ihr sogenannter Kampfplan gegen Fahrverbote besteht vor allem darin... den Autobossen die nächsten Milliarden zu schenken. Allein für dieses Jahr haben sie eine Milliarde Euro locker gemacht, um die Busse auf Staatskosten umzurüsten; und um bei den Autokonzernen Elektro-Autos zu kaufen, die die Konzerne bis dahin nicht losgeworden sind.

Die Autokonzerne haben jahrelang Milliarden am Diesel-Betrug verdient. Und jetzt hilft ihnen die Regierung, ein zweites Mal daran zu verdienen. Ja, die Stickoxidbelastung tötet jedes Jahr tausende Menschen in Deutschland. Doch die Autoindustrie lebt gut von ihr!

Rechtsextremer Terror? Mit Sicherheit!

Vor einigen Wochen wurde schon wieder eine rechtsextreme Terrorgruppe entdeckt: Ihr gehörten unter anderem ein Anwalt und ein Polizist an. Sie hatten Waffen und Munition gehortet und eine Liste von „Linken“ angelegt, die sie ermorden wollten. Nach der Terrorzelle unter den Armee-Offizieren und den engen Verbindungen des Verfassungsschutzes zur Terrorzelle NSU ist dies bereits die dritte rechtsextreme Terrorzelle, die in direkter Verbindung zu den deutschen Sicherheitskräften steht.

Der Polizist, der dieser Terrorzelle angehörte, wurde nicht einmal verhaftet. Er wurde nur vorübergehend vom Dienst freigestellt. Zum Vergleich: Ein 21jähriger, der beim G20-Gipfel zwei Flaschen auf einen Polizisten geworfen haben soll, der dabei nicht verletzt wurde (die einzigen „Beweise“ für die Tat waren die Zeugenaussagen der Polizei), wurde sofort verhaftet und im Schnellverfahren zu 2 Jahren und 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Ordnungshüter anzugreifen, die die Regierungschefs und ihr System schützen sollen, verzeiht der Staat nicht. Die rechtsextremen Machenschaften dieser Ordnungshüter schon eher.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0157 - 76493485

www.bund-revolutionärer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!